

Stellungnahme des Präsidenten von „Mayors for Peace“ als Reaktion auf das Ergebnis der 11. NPT- Überprüfungskonferenz

Kazumi Matsui
Präsident von „Mayors for Peace“
Bürgermeister von Hiroshima

1. Juni 2026

Es ist zutiefst bedauerlich, dass es den Vertragsstaaten auf der NPT-Überprüfungskonferenz 2026, die vor dem Hintergrund zunehmender Spaltungen innerhalb der internationalen Gemeinschaft stattfand, nicht gelungen ist, ihre Differenzen – insbesondere hinsichtlich konkreter Maßnahmen zur nuklearen Abrüstung gemäß Artikel VI des Vertrags – zu überbrücken, und dass die Konferenz ohne die Verabschiedung eines Abschlussdokuments zu Ende ging.

Trotz intensiver Diskussionen unter der starken Leitung des Konferenzpräsidenten, Botschafter Do Hung Viet, war es den Vertragsstaaten zum dritten Mal in Folge nicht möglich, ein einheitliches Bekenntnis zur konsequenten Förderung der nuklearen Abrüstung und Nichtverbreitung zu bekunden. Es war entmutigend zu beobachten, wie versucht wurde, hinsichtlich konkreter Verpflichtungen zur Umsetzung von Artikel VI einen Rückschritt gegenüber den Errungenschaften früherer Überprüfungskonferenzen zu machen. Diese Entwicklung verstärkt nicht nur die Besorgnis über ein sich beschleunigendes nukleares Wettrüsten und die Ausweitung bewaffneter Konflikte, sondern ignoriert auch eklatant die aufrichtigen Wünsche der Hibakusha, die seit langem die Abschaffung von Atomwaffen fordern. Sie spiegelt eine beunruhigende Missachtung der entscheidenden Lehren wider, die wir aus unserer eigenen Geschichte gezogen haben.

Mit Blick auf die erste Überprüfungskonferenz des Vertrags über das Verbot von Kernwaffen (TPNW), die für November dieses Jahres angesetzt ist, hat das Entstehen einer derart kritischen Situation die Stimmen der Bürger weltweit, die sich nach Frieden sehnen, nur noch verstärkt. Als Reaktion darauf ist „Mayors for Peace“ entschlossen, die Kräfte seiner 8.600 Mitgliedsstädte in 166 Ländern und Regionen zu bündeln, um ein Umfeld zu schaffen, das die Staats- und Regierungschefs der Welt dazu ermutigt, ihre Politik auf die Beseitigung von Atomwaffen auszurichten. Zu diesem Zweck werden wir uns bemühen, eine

Zivilgesellschaft aufzubauen, die solidarisch für das Zusammenleben der gesamten Menschheit eintritt, indem wir eine „Kultur des Friedens“ im Alltag verankern.

Darüber hinaus werden wir durch die Stärkung des internationalen Austauschs zwischen den jüngeren Generationen und durch verstärkte Bemühungen, die Erfahrungen der Atombombenabwürfe an künftige Generationen weiterzugeben, Schritt für Schritt auf die Verwirklichung einer Welt ohne Atomwaffen hinarbeiten.